

# Corona und die SDGs

## Folgen der COVID-19-Pandemie für die Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsziele

von Jens Martens und Bodo Ellmers

Die COVID-19-Pandemie und die politischen Maßnahmen, mit denen die Regierungen auf sie reagierten, haben gravierende Folgen für die globale Nachhaltigkeitsagenda. Auch wenn sich das ganze Ausmaß der Krise und ihrer Auswirkungen derzeit noch nicht abschätzen lässt, droht schon jetzt die Gefahr, dass die Pandemie die Verwirklichung der international vereinbarten Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) in ihrer Gesamtheit gefährdet.

Vorläufige Prognosen der Vereinten Nationen, der Weltbank und anderer internationaler Organisationen warnen davor, dass die ohnehin fragilen Fortschritte, die bei der Reduzierung von Armut und Unterernährung in den letzten Jahrzehnten erzielt wurden, wieder zunichte gemacht werden. Die scheinbar unabwendbare weltwirtschaftliche Rezession wird vor keinem Land Halt machen. Arbeitslo-

sigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden in vielen Ländern massiv ansteigen. Maßnahmen zur Bekämpfung der Erderwärmung und des Artensterbens drohen auf der politischen Prioritätenliste nach unten zu rutschen. Sinkende Staatseinnahmen und wachsende Verschuldung werden den finanziellen Handlungsspielraum der Politik von der globalen bis zur kommunalen Ebene einschränken.

Dieses Briefing skizziert für jedes der 17 SDGs anhand einiger punktueller Beispiele, welches Ausmaß die globale Coronakrise in verschiedenen Sektoren haben kann. Es macht deutlich, dass die Agenda 2030 und ihre Nachhaltigkeitsziele scheitern werden, wenn sie in den politischen Antworten auf die Coronakrise nicht systematisch berücksichtigt werden.

### 1



### Armut beenden

Die Zahl der Menschen, die in Armut leben, wird infolge der Coronakrise zum ersten Mal seit 30 Jahren wieder wachsen. Betroffen sind vor allem Tagelöhner, Landarbeiter\*innen und Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben des informellen Sektors. Ihnen wurde durch die weltweiten Lockdown-Maßnahmen von einem Tag auf den anderen die Existenzgrundlage entzogen. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass die Krise weltweit rund 1,6 Milliarden Arbeiter\*innen im informellen Sektor erfasst hat. Die Einkünfte der Arbeiter\*innen im informellen Sektor sind bereits im ersten Monat der Krise

um rund 60 Prozent gesunken.<sup>1</sup> Besonders fatal ist das in Ländern, die nicht über ein funktionierendes System sozialer Sicherung verfügen. Nach ILO-Angaben betrifft dies noch immer 73 Prozent der Weltbevölkerung.<sup>2</sup> Nach ersten, von der UN University veröffentlichten Schätzungen könnte allein die Zahl der Menschen, die in extremer Armut, d. h. von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag leben, infolge der weltwirtschaftlichen Rezession um **85–420 Millionen** steigen (bei einem Rückgang des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens von

1 [https://www.ilo.org/global/topics/employment-promotion/informal-economy/publications/WCMS\\_743623/lang--en/index.htm](https://www.ilo.org/global/topics/employment-promotion/informal-economy/publications/WCMS_743623/lang--en/index.htm).

2 <https://www.ilo.org/global/topics/social-security/lang--en/index.htm>

5–20 Prozent).<sup>3</sup> 2018 wurde ihre Zahl noch auf 759 Millionen geschätzt, 2020 könnte sie somit wieder die Schwelle von einer Milliarde übersteigen.



## 2 Ernährung sichern

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) warnt davor, dass die Coronakrise zu einer globalen Nahrungsmittelkrise werden könnte, wenn nicht rasch Maßnahmen ergriffen werden, um die Schwächsten zu schützen, die globalen Versorgungsketten aufrechtzuerhalten und die Auswirkungen der Pandemie auf das gesamte Ernährungssystem abzuschwächen.<sup>4</sup> Die Zahl der chronisch Unterernährten war bereits seit 2015 wieder gestiegen, auf 821 Millionen 2018.<sup>5</sup> Es ist zu befürchten, dass sich dieser Trend nun durch die Auswirkungen der Coronakrise noch verstärkt. In vielen Regionen haben der Mangel an Düngemitteln, Saatgut und Tierarzneimitteln auf der einen Seite und der Nachfragerückgang auf der anderen Seite die landwirtschaftliche Produktion erheblich beeinträchtigt. Hinzu kommen klimabedingte Ernteaufschläge und Schäden, unter anderem durch die Heuschreckenplage in Ostafrika. Nach Angaben des Global Report on Food Crises 2020 befinden sich derzeit 135 Millionen Menschen in akuter Hungersnot.<sup>6</sup> Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) prognostiziert, dass aufgrund des Coronavirus bis Ende 2020 zusätzlich 130 Millionen Menschen an die Schwelle des Verhungerns gedrängt werden könnten.<sup>7</sup> Der Chef des WFP warnt vor einer Katastrophe „biblischen Ausmaßes“, durch die eine **viertel Milliarde Menschen** vom akuten Hungerstod bedroht sind.<sup>8</sup>



## 3 Gesundes Leben für alle

Das Ziel, ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters zu gewährleisten, ist von der COVID-19-Pandemie am unmittelbarsten betroffen. Bis Anfang Juli 2020 zählte

die WHO über zehn Millionen Infizierte und mehr als 500.000 registrierte Todesfälle.<sup>9</sup> Nun rächt sich, dass viele Regierungen in den vergangenen Jahren die Umsetzung von SDG 3 sträflich vernachlässigt hatten. Das gilt insbesondere für das Ziel 3.c, die Gesundheitsfinanzierung und die Rekrutierung von Gesundheitsfachkräften deutlich zu erhöhen, und das Ziel 3.d, die Kapazitäten aller Länder in den Bereichen Frühwarnung, Risikominderung und Management nationaler und globaler Gesundheitsrisiken zu stärken. Im Gegensatz dazu hatte die Sparpolitik bereits vor der Coronakrise in vielen Ländern zu einer Reduzierung der öffentlichen Gesundheitsausgaben und einer Verschlechterung der Gesundheitsversorgung geführt. Es ist zu befürchten, dass sich diese Situation infolge der weltwirtschaftlichen Rezession weiter verschlechtert. Das gilt selbst für reiche Länder wie die USA, wo bereits vor der Krise mindestens 27,5 Millionen Menschen nicht gesundheitsversichert waren. Weil dort viele Arbeitnehmer\*innen über ihren Arbeitgeber versichert sind, hat der rasante Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge, dass möglicherweise bis zu 43 Millionen Amerikaner\*innen ihren Versicherungsschutz verlieren.<sup>10</sup> Für viele chronisch Kranke kommt dies einem Todesurteil gleich.



## 4 Bildung für alle

Als Reaktion auf die Pandemie wurden weltweit nahezu flächendeckend Schulen und Universitäten vorübergehend geschlossen. Nach Angaben der UNESCO waren davon bis Anfang Mai 2020 über **1,6 Milliarden Schüler\*innen und Studierende** in 194 Ländern betroffen.<sup>11</sup> Dies hat soziale und ökonomische Folgen, die weit über den Bildungsauftrag der Schulen und den Zeitraum der eigentlichen Schließungen hinausreichen.<sup>12</sup> So erhielten beispielsweise aufgrund von Schulschließungen allein im April 2020 **370 Millionen Kinder** keine Schulmahlzeiten. Die UNICEF-Exekutivdirektorin Henrietta Fore warnte in diesem Zusammenhang:

„Schulen sind viel mehr als nur ein Ort des Lernens. Für viele Kinder ist die Schule ein lebenswichtiger Zugang zu Schutz, Gesundheitsversorgung und Nahrung. Wenn wir jetzt nicht handeln – indem wir die lebensrettende Hilfe für die am

3 <https://doi.org/10.35188/UNU-WIDER/2020/800-9>

4 <http://www.fao.org/2019-ncov/q-and-a/impact-on-food-and-agriculture/en>

5 <http://www.fao.org/hunger/en/>

6 [https://www.fsinplatform.org/sites/default/files/resources/files/GRFC\\_2020\\_ONLINE\\_200420.pdf](https://www.fsinplatform.org/sites/default/files/resources/files/GRFC_2020_ONLINE_200420.pdf)

7 <https://de.wfp.org/pressemitteilungen/wfp-chef-warnt-vor-hungerpandemie-wegen-covid-19-vor-un-sicherheitsrat>

8 <https://www.theguardian.com/global-development/2020/apr/21/coronavirus-pandemic-will-cause-famine-of-biblical-proportions>

9 <https://covid19.who.int/>

10 <https://www.theguardian.com/us-news/2020/may/10/us-health-insurance-layoffs-coronavirus>

11 <https://en.unesco.org/covid19/educationresponse>

12 <https://en.unesco.org/covid19/educationresponse/consequences>

stärksten gefährdeten Kinder ausbauen – werden die verheerenden Auswirkungen von Covid-19 noch Jahrzehnte zu spüren sein.“<sup>13</sup>



## 5 Gleichstellung der Geschlechter

Die Coronakrise trifft Frauen besonders und verstärkt die ohnehin existierenden sozioökonomischen Disparitäten. Weltweit sind **70 Prozent** des Personals in sozialen und Pflegeberufen Frauen. Sie leisten dreimal so viel unbezahlte Sorgearbeit wie Männer. Frauen kümmern sich weit überwiegend um die Kranken, sei es beruflich oder unbezahlt innerhalb der Familie, sind dem Virus dadurch stärker ausgesetzt und tragen ein höheres Infektionsrisiko. Da die Kapazitäten vieler Gesundheitssysteme bereits mit der Bewältigung der Pandemie überlastet sind, fallen Angebote im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit weg, was einen Anstieg der Mütter- und Kindersterblichkeit zur Folge haben kann. Die Probleme reichen aber weit über den Bereich der Gesundheitsversorgung und Pflege hinaus. Weltweit arbeitet ein Großteil der Frauen im informellen Sektor und in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Sie sind deshalb häufig nicht sozialversichert, können einen Verdienstaufschlag nicht abfedern und sind damit auch ökonomisch von der Krise überproportional betroffen.<sup>14</sup> Schließlich gibt es deutliche Anzeichen, dass die weltweiten Quarantänemaßnahmen und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Menschen zu einem deutlichen Anstieg von häuslicher Gewalt geführt haben.<sup>15</sup>



## 6 Wasser und Sanitärversorgung für alle

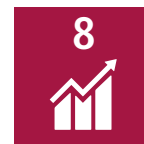
Die rasante Ausbreitung des Coronavirus hat mehr als deutlich gezeigt, wie wichtig Hygiene und der Zugang zu sauberem Wasser sind. Aber noch immer haben 40 Prozent der Weltbevölkerung, und damit rund **drei Milliarden Menschen**, keine Möglichkeit, sich zu Hause mit Seife die Hände zu waschen.<sup>16</sup> Die Vereinten Nationen sprechen von einer „globalen Hygienekrise“, die auch vor Krankenhäusern und Gesundheitsein-

richtungen nicht Halt macht. Weltweit jede sechste verfügt nicht über die notwendigen hygienischen Einrichtungen. Jeder zehnte Patient erkrankt dadurch während der Behandlung an einer vermeidbaren Infektion.<sup>17</sup> Die Eindämmung der Coronapandemie wird durch den Mangel an sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen massiv beeinträchtigt.<sup>18</sup> Um die Gefahr neuer COVID-19-Wellen zu reduzieren und zukünftigen Pandemien vorzubeugen, müsste die öffentliche Wasserinfrastruktur vor allem in den ärmeren Regionen in erheblichem Umfang ausgebaut werden.



## 7 Nachhaltige und moderne Energie für alle

Die vorübergehende Schließung von Produktionsstätten infolge des Corona-Lockdowns und der reduzierte weltweite Güterverkehr haben zu einem Rückgang der Energienachfrage geführt. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Erdölpreise. Sie haben infolge des Streits zwischen dem OPEC-Kartell und Russland über die Begrenzung der Fördermengen einen besonders drastischen Einbruch erlebt. In den USA sackten die Preise aufgrund der übervollen Lager im April sogar in den Minusbereich. Die Weltmarktpreise verharrten trotz Einigung der Förderländer auch danach noch auf niedrigem Niveau. Anfang Juli 2020 waren sie mit **rund 40 US-Dollar** mehr als 35 Prozent niedriger als zu Beginn des Jahres. Dies macht zwar die umweltschädliche Förderung von Fracking-Öl und Teersand weniger profitabel, bedeutet aber auch niedrigere Benzinpreise. Aus ökologischer Sicht ist dies eine schlechte Nachricht, denn der Übergang zu sauberen, insbesondere erneuerbaren Energien und zur Elektromobilität wird dadurch wirtschaftlich weniger attraktiv. Dagegen wird der Zugang zu bezahlbarer Energie (SDG 7.1) durch den Ölpreisverfall für ärmere Bevölkerungsschichten möglicherweise erschwinglicher.



## 8 Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit für alle

Die Coronakrise hat zu einem beispiellosen Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität geführt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostizierte in seinem World Economic Outlook vom

13 <https://de.wfp.org/pressemitteilungen/unicef-und-wfp-370-millionen-kinder-erhalten-aufgrund-von-schulschlie%C3%9Fungen-keine-schulmahlzeiten-mehr-ihre-zukunft-steht-auf-dem-spiel>

14 <https://www.unwomen.de/helfen/helfen-sie-frauen-in-der-corona-krise/corona-eine-krise-der-frauen.html>

15 <https://news.un.org/en/story/2020/04/1061052>

16 <https://www.unwater.org/water-facts/handhygiene/>

17 <https://www.unicef.org/press-releases/fact-sheet-handwashing-soap-critical-fight-against-coronavirus-out-reach-billions>

18 <https://www.unwater.org/coronavirus-global-health-emergency/>

April 2020 eine globale Rezession, die Weltwirtschaft insgesamt werde um 3 Prozent schrumpfen. Vor dem Ausbruch der Krise war für 2020 noch ein Wachstum von 3,3 Prozent erwartet worden.<sup>19</sup> Für Deutschland prognostiziert der IWF ein Minuswachstum von 7 Prozent, für Italien sogar von 9,1 Prozent. Mit Krise und Rezession gehen massive Jobverluste einher. Die ILO erwartet, dass bereits die Phase des Lockdowns im zweiten Quartal 2020 zum temporären Verlust von **305 Millionen** Vollzeitjobs geführt hat. Noch schlimmer betroffen sind die über 2 Milliarden Arbeiter\*innen in der informellen Ökonomie, die ohne jegliche soziale Sicherung dastehen und von denen viele infolge des weltweiten Lockdowns ihre Lebensgrundlage verloren haben.<sup>20</sup>



## Widerstandsfähige Infrastruktur und nachhaltige Industrialisierung

Die Verletzlichkeit der globalisierten Weltwirtschaft mit ihren komplexen Lieferketten wurde durch die Coronakrise schonungslos offengelegt. Die zuerst besonders betroffenen Staaten reagierten früh mit Werksschließungen. Nahezu alle Staaten führten Reisebeschränkungen ein und schlossen Grenzen. Der internationale Flugverkehr wurde auf ein Minimum reduziert. Bereits der Beginn der Krise in China führte zu weltweiten Produktionsproblemen bei komplexen Produkten wie Autos, deren Komponenten nicht mehr wie gewohnt *just in time* zirkulieren und geliefert werden konnten. Es bleibt abzuwarten, ob es zu den von Einigen prognostizierten Deglobalisierungstrends kommt, Firmen ihre Lieferketten nach der Krise kürzen und Produktionsvorgänge renationalisieren.<sup>21</sup>

Die internationale Arbeitsteilung bei der Produktion essenzieller Gesundheitsgüter hat sich als besonders krisenanfällig erwiesen. Selbst reiche Länder hatten Probleme, ihren Bedarf an medizinischen Geräten und Sanitätsprodukten über den Weltmarkt zu decken, nachdem einige Produktionsländer aus nationalem Eigensinn vorübergehend Exportstopps verhängt hatten. Arme Länder wurden durch die Preisexplosion, die mit dem Nachfrage-

anstieg einherging, de facto vom Zugang zu essenziellen Produkten ausgeschlossen. Auch das hat ein Nachdenken darüber bewirkt, welche Güter souverän auf nationaler Ebene produziert werden sollten.<sup>22</sup>



## Ungleichheit verringern

Der langfristige Effekt der Coronakrise auf die Einkommens- und Vermögensverteilung ist bislang noch schwer zu beziffern. Der Börsencrash vom März hat zunächst zu einer gewaltigen Vermögensvernichtung bei den Wohlhabenderen geführt, die Marktkapitalisierung börsennotierter Firmen weltweit war bis zur zweiten Märzhälfte um 25 Prozent gefallen.<sup>23</sup> Jedoch haben sich die Börsen schnell wieder erholt, nachdem Zentralbanken weltweit begannen, frisches Geld in die Wirtschaft zu pumpen, und damit die Aktienpreise wieder in die Höhe trieben.

Die massiven Jobverluste durch die Krise könnten dagegen die Ungleichheit langfristig vergrößern. Die ILO rechnet mit Einkommensverlusten für Arbeiter\*innen von 860 Milliarden bis **3,4 Billionen US-Dollar**.<sup>24</sup> Kleine und mittlere Unternehmen, prekär Beschäftigte und Tagelöhner\*innen seien am schwersten betroffen. Auch Arbeitsmigrant\*innen droht in vielen Ländern der Verlust ihres Jobs. Dadurch werden auch die Geldüberweisungen an ihre Familien in den Heimatländern drastisch sinken. In Ländern wie El Salvador, Haiti, Honduras und Nepal ist dies ein substanzieller Wirtschaftsfaktor.

Es gibt deutliche Anzeichen, dass die soziale Herkunft erhebliche Auswirkungen darauf hat, wie schwer eine Person von der Krise betroffen ist. So gibt es in multiethnischen Ländern wie den USA hohe Unterschiede bei den Sterberaten Coronainfizierter. Afroamerikaner\*innen sind dort weit überproportional betroffen.<sup>25</sup>

19 <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2020/04/14/weo-april-2020>

20 [https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS\\_743036/lang-en/index.htm](https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_743036/lang-en/index.htm)

21 <https://www.bloomberg.com/news/newsletters/2020-02-29/why-deglobalization-is-accelerating-bloomberg-new-economy>

22 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/corona-arme-laender-ohne-masken-beatmungsgeraete-medikamente-kein-geld-kein-schutz-a-00000000-0002-0001-0000-000170435656>

23 [https://en.wikipedia.org/wiki/2020\\_stock\\_market\\_crash](https://en.wikipedia.org/wiki/2020_stock_market_crash)

24 [https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/briefingnote/wcms\\_738753.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/briefingnote/wcms_738753.pdf), S. 5.

25 <https://edition.cnn.com/2020/05/05/health/coronavirus-african-americans-study/index.html>



## 11 Nachhaltige Städte und Siedlungen

Mehr als **3,9 Milliarden Menschen** – die Hälfte der Weltbevölkerung – waren im April 2020 von den Lockdown-Beschlüssen ihrer Regierungen betroffen, um so die Ausbreitung des Coronavirus zu stoppen. Aber für viele von ihnen muten die Appelle, zu Hause zu bleiben und Abstand zu halten, zynisch an. Denn weltweit leben weltweit mehr als eine Milliarde Menschen in Slums oder informellen Siedlungen.<sup>26</sup> Sie wohnen auf engstem Raum und haben häufig keinen Zugang zu den lebenswichtigsten öffentlichen Dienstleistungen wie Trinkwasser, sanitären Einrichtungen und Elektrizität. Die Slums sind eine perfekte Brutstätte für Viren.

Dies gilt auch für die überfüllten Flüchtlingslager in Ländern wie Bangladesch und Griechenland, in denen die Insassen unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen. Mitte Mai bestätigte die WHO den ersten COVID-19-Fall in einem der Camps in Bangladesch, in denen eine Million Rohingya auf engstem Raum zusammengepfercht sind.<sup>27</sup> Die Forderung nach *physical distancing* ist dort eine Farce und die Gefahr einer rasanten Ausbreitung des Virus vorprogrammiert. Eine ähnliche Gefahr besteht in den griechischen Flüchtlingslagern, insbesondere den Lagern auf der Insel Lesbos.



## 12 Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen

Die weltweite Unterbrechung der Lieferketten und die Schließung von Läden und Restaurants hatten erhebliche Auswirkungen für Konsum und Produktion. Auf der einen Seite kam es überall auf der Welt zu Hamsterkäufen, die die Preise in die Höhe trieben. Zugleich erhielten viele Tafeln dadurch weniger Lebensmittel für die Weiterverteilung an Bedürftige, weil den Supermärkten kaum Ware blieb, die sie an die Tafeln spenden konnten. Auf der anderen Seite wurden in erheblichem Umfang Agrarprodukte vernichtet, weil die Wege zu den Endverbraucher\*innen unterbrochen waren. Allein in den USA schätzte die größte Molkereigenenschaft des Landes, Dairy Farmers of America, dass die Bauern im April täglich bis zu **14 Millionen**

Liter Milch wegschütten mussten. Ein einziger Hühnerverarbeiter vernichtete jede Woche 750.000 ungeschlüpfte Eier.<sup>28</sup> Die Verkürzung der Lieferketten und die verstärkte Rückbesinnung auf regionale Produkte bieten aber auch die Chance für nachhaltigere Konsum- und Produktionsweisen – sofern diese Trends die Krise überdauern.



## 13 Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen

Die Entwicklung der Treibhausgasemissionen hängt weiterhin stark von der wirtschaftlichen Entwicklung ab, trotz aller politischen Absichtserklärungen und technischen Versuche der Entkoppelung. Insofern hatte die Schließung ganzer Wirtschaftszweige im Frühjahr 2020 natürlich auch niedrigere Emissionen zur Folge. Die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossiler Verbrennung werden laut Internationaler Energieagentur (IEA) 2020 um acht Prozent unter dem Wert des Vorjahres liegen.<sup>29</sup> Für Deutschland wird prognostiziert, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen 2020 um 50 Millionen Tonnen sinken. Völlig unerwartet würde Deutschland damit sein Klimaziel für dieses Jahr doch noch erreichen.<sup>30</sup>

Dennoch steigt die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre weiter an, wenn auch mit leicht reduzierter Geschwindigkeit. Anfang Mai verzeichnete die Mauna Loa-Messstation auf Hawaii einen neuen Tageshöchststand von über **418 ppm** (parts per Million).<sup>31</sup>

Die Reduktionen sind zudem nach Ansicht der UN nur von kurzer Dauer.<sup>32</sup> Wenn Verkehr und Produktion wieder hochgefahren werden, besteht sogar die Gefahr, dass die Emissionen schneller zunehmen als vor der Krise prognostiziert, weil notwendige Innovations- und Transformationsprozesse gestoppt oder verlangsamt werden. Die angeschlagene Luftfahrtbranche lobbyiert bereits gegen Steuern auf Flugbenzin, die als Teil des neuen EU Green Deals geplant sind.<sup>33</sup> Die Autobranche

26 <https://unstats.un.org/sdgs/report/2019/goal-11/>

27 <https://www.nzz.ch/international/das-coronavirus-erreicht-das-wohl-groesste-fluechtlingslager-der-welt-ld.1556763>

28 <https://www.nytimes.com/2020/04/11/business/coronavirus-destroying-food.html>

29 <https://www.iea.org/reports/global-energy-review-2020/global-energy-and-co2-emissions-in-2020>

30 <https://www.dw.com/de/corona-krise-deutschland-schafft-klimaziel-f%C3%BCr-2020-pandemie-merkel-deutschland-co2-covid-19/a-52862238>

31 <https://www.esrl.noaa.gov/gmd/ccgg/trends/monthly.html>

32 <https://news.un.org/en/story/2020/04/1062332>

33 <https://corporateeurope.org/en/2020/04/coronawash-alert>

verlangte staatlich subventionierte Kaufprämien.<sup>34</sup> Der diesjährige UN-Klimagipfel in Glasgow, der die weltweite Klimaschutzagenda hätte vorantreiben sollen, wurde dagegen verschoben.<sup>35</sup>



## Ozeane erhalten

Für die Weltmeere könnte die Coronakrise zumindest kurzfristig positive Effekte haben. Eine Studie der Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Asien und den Pazifik (UN ESCAP) weist darauf hin, dass die vorübergehende Einstellung wirtschaftlicher Aktivitäten aufgrund der Krise sowie der reduzierte Verkehr auf den Meeren und die geringere Nachfrage nach Meeresressourcen den Ozeanen die „dringend benötigte Atempause“ verschaffen könnten, um sich von Verschmutzung, Überfischung und den Auswirkungen des Klimawandels zu erholen.<sup>36</sup> Ökologen warnen aber vor einem gegenläufigen Trend: Im Zuge der COVID-19-Pandemie kam es zu einem Boom an Plastikmüll. Hygienevorschriften und der Preisverfall von Erdöl und den daraus produzierten Kunststoffen drohen, jahrelange Fortschritte bei der Vermeidung und dem Recycling von Plastik zunichte zu machen.<sup>37</sup>



## Landökosysteme schützen

Wenngleich es über den Ursprung des neuen Coronavirus weiterhin unterschiedliche Hypothesen gibt, warnen immer mehr Ökologen davor, dass die Wahrscheinlichkeiten von Pandemien mit der zunehmenden Vernichtung von Ökosystemen und Biodiversität steigt. Josef Settele, der als Co-Chair die Arbeit am Global Assessment Report des Weltbiodiversitätsrates (IPBES) zum Zustand der Ökosysteme und der Artenvielfalt geleitet hat, weist darauf hin, dass „schrumpfende Lebensräume und damit einhergehende Verhaltensveränderungen von Tieren zum Risiko der Übertragung

von Krankheiten von Tieren auf Menschen beitragen.“<sup>38</sup> Die große Mehrheit an Krankheitserregern harre noch der Entdeckung und man müsse damit rechnen, dass es weitere Erreger mit zum Teil noch gravierenderen Auswirkungen geben werde.

Die Mehrzahl der Zielvorgaben von SDG 15 wurden aus den Aichi-Zielen der UN-Konvention über biologische Vielfalt abgeleitet und sollten bereits bis zum Jahr 2020 erreicht werden. Daher wird derzeit über einen neuen Rahmenplan für die biologische Vielfalt nach dem Jahr 2020 verhandelt. Der erste Entwurf ist aber selbst nach Einschätzung aus UN-Kreisen nicht annähernd transformativ genug, um den globalen Biodiversitätsverlust zu stoppen.<sup>39</sup> Der zuständige Mitarbeiter von UNDP fordert, auch als Antwort auf die Coronakrise, einen „Marshallplan für die Natur“, einen Plan, der ausreichend in den Schutz, die Wiederherstellung und die nachhaltige Bewirtschaftung der biologischen Vielfalt investiert.<sup>40</sup> Die Vertragsstaatenkonferenz, auf der der neue Rahmenplan beschlossen werden sollte, sollte eigentlich im Oktober 2020 in China stattfinden. Sie wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.



## Friedliche und inklusive Gesellschaften

Die Coronakrise ging in vielen Ländern mit einer beispiellosen Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte einher. Oft war sie zeitlich begrenzt und aus Gründen der Pandemiebekämpfung auch angemessen. Jedoch mehren sich in zahlreichen Ländern Eingriffe, bei denen das Krisenmanagement eher als willkommener Vorwand dient, um die Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit weiter einzuschränken.<sup>41</sup> Innerhalb der EU wurde die Rechtsstaatlichkeit in ohnehin kritischen Fällen wie in Ungarn und Polen weiter ausgehöhlt. Nicht zuletzt haben Verschwörungstheorien in der Krise Konjunktur, was bereits zu Übergriffen auf ethnische Minderheiten geführt hat, etwa auf Muslime in Indien.<sup>42</sup>

34 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/autohersteller-streit-um-kaufanreize-ig-metall-chef-und-oekonomen-warnen-vor-neuer-abwrackpraemie/25821972.html?ticket=ST-1893201-QoBmKuFDtyKOn6naXG00-ap1>

35 <https://unfccc.int/news/cop26-postponed>

36 <https://news.un.org/en/story/2020/05/1063832>

37 <https://www.ecowatch.com/coronavirus-plastic-waste-2645831072.html> und <https://edition.cnn.com/2020/05/04/world/coronavirus-plastic-waste-pollution-intl/index.html>

38 <https://www.riffreporter.de/flugbegleiter-koralle/pandemie-interview-settele-spangenberg/>

39 <https://www.cbd.int/doc/c/efb0/1f84/a892b98d2982a829962b6371/wg2020-02-03-en.pdf>

40 <https://www.undp.org/content/undp/en/home/blog/2020/applying-the-hard-lessons-of-coronavirus-to-the-biodiversity-crisis.html>

41 [https://www.hrw.org/news/2020/03/19/human-rights-dimensions-covid-19-response#\\_Toc35446578](https://www.hrw.org/news/2020/03/19/human-rights-dimensions-covid-19-response#_Toc35446578)

42 <https://www.hrw.org/news/2020/05/01/coronajihad-only-latest-manifestation-islamophobia-india-has-been-years-making>

Umstritten ist auch der Einsatz von Tracing Apps. Diese können die Ausbreitung des Virus verlangsamen, da durch sie festgestellt werden kann, mit wem Infizierte in Kontakt getreten sind. Die aufgezeichneten Bewegungsprofile lassen sich aber auch für Kontrollzwecke missbrauchen. Amnesty International warnt davor, dass einige Regierungen die gegenwärtige Krise instrumentalisieren, um die digitale Überwachung der Bevölkerung auszubauen und damit Menschenrechte zu gefährden.<sup>43</sup>

## 17 Umsetzungsmittel und globale Partnerschaft stärken

Gerade für die Möglichkeiten, nachhaltige Entwicklung dauerhaft zu finanzieren, ist die Coronakrise ein harter Schlag. Wohlhabende Länder haben zwar mit gewaltigen Rettungspaketen auf die Krise reagiert, finanziert aus einem Mix aus fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen. Dies hat den Effekt der Krise zunächst abgemildert. Ihre Finanzierung treiben jedoch Budgetdefizite und Staatsverschuldung in die Höhe, was in Folgejahren zu Haushaltskürzungen führen könnte – wenn nicht mit anderen Maßnahmen gegengesteuert wird. Es mehreren sich Stimmen, die alternative Politikkonzepte zur Austeritätspolitik empfehlen, wie Vermögensabgaben,<sup>44</sup> Coronabonds<sup>45</sup> und Schuldenstreichungen.<sup>46</sup>

Am Härtesten getroffen sind Länder, die selbst wenig finanziellen Spielraum haben und daher von externer Finanzierung abhängig sind. Das sind besonders die ärmsten Länder des Globalen Südens.

Viele sind vom rapiden Verfall der Rohstoffpreise betroffen. Zugleich ist mit einem drastischen Rückgang der Exporteinnahmen (UNCTAD schätzt ihn auf 800 Milliarden US-Dollar 2020), mit sinkenden Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant\*innen in ihre Heimatländer (die Weltbank rechnet mit einem Rückgang um 20 Prozent auf rund 445 Milliarden US-Dollar)<sup>47</sup> und mit einer Abwertung vieler Währungen gegenüber dem Dollar zu

rechnen. Ausgerechnet in dieser Situation hätten die Länder des Globalen Südens in den Jahren 2020 und 2021 in dem enormen Umfang von 2,7 Billionen US-Dollar staatliche Schulden zurückzahlen müssen.

Die internationale Gemeinschaft hat als Reaktion darauf bereits eine erste Initiative beschlossen. So wollen die G20 den 76 ärmsten Ländern die Rückzahlungsraten bei bilateralen Krediten für den Rest des Jahres stunden. Um die Schuldenlast langfristig tragbar zu machen, müssten allerdings Schulden tatsächlich erlassen und dabei auch private und multilaterale Gläubiger einbezogen werden.<sup>48</sup>

Darüber hinaus haben der IWF, Entwicklungsbanken und verschiedene UN-Organisationen in Rekordzeit Hilfsprogramme für ärmere Länder aufgesetzt.<sup>49</sup> Allerdings bestehen die „Hilfen“ ganz überwiegend aus neuen Krediten (nicht aus Zuschüssen) und drohen daher, die Schuldenlast noch zu erhöhen. Oder es handelt sich um umprogrammierte Mittel, die aus anderen Bereichen abgezogen werden, um gezielt Maßnahmen im Gesundheitssektor zu finanzieren. Diese werden also anderswo fehlen, und die Finanzierung der entsprechenden Entwicklungsziele dort verzögern.

Wenn die Umsetzung der Agenda 2030 auch unter den Bedingungen der Coronakrise vorangetrieben werden soll, müssen die reicheren Länder die SDGs zu integralen Bestandteilen aller Maßnahmenpakete machen und in ihren Nachtragshaushalten zusätzliche frische Gelder für die besonders betroffenen Länder des Globalen Südens bereitstellen.

43 <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/covid-19-digitale-ueberwachung-gefaehrdet-unsere-menschenrechte>

44 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/finanzierung-der-corona-krise-spd-erwaegt-vermoegensabgabe-16706319.html>

45 <https://www.dw.com/de/corona-bonds-euro-bonds-die-eu-und-die-musketiere-und-die-schulden/a-52975322>

46 <https://erlassjahr.de/news/iwf-und-weltbank-fordern-zu-schuldenerlassen-fuer-arme-laender-auf/>

47 <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2020/04/22/world-bank-predicts-sharpest-decline-of-remittances-in-recent-history>

48 <https://www.ips-journal.eu/regions/global/article/show/the-global-south-needs-debt-relief-4286/>

49 Vgl. dazu ausführlicher: <https://www.globalpolicy.org/component/content/article/107-links-and-resources/53193-die-globale-coronakriseweltwirtschaftliche-auswirkungen-und-internationale-reaktionen-ein-update.html>

## Weitere Informationen

**Informationsportal der Vereinten Nationen zu Corona** (englisch)

<https://www.un.org/en/coronavirus>

**COVID-19: Hintergrund und Aktuelles auf der Website von UNRIC** (deutsch)

<https://unric.org/de/coronavirus-covid-19/>

**Website der WHO zur Coronakrise**

<https://www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019>

**Das Corona-Sofortprogramm des BMZ**

[http://www.bmz.de/de/zentrales\\_downloadarchiv/Presse/bmz\\_corona\\_paket.pdf](http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/bmz_corona_paket.pdf)

**Webseite von Global Policy Forum und Forum Umwelt & Entwicklung zur Agenda 2030** (deutsch)

<https://www.2030agenda.de>

**Global Policy Watch** (englisch/spanisch)

<https://www.globalpolicywatch.org>

## Impressum

### Corona und die SDGs

Folgen der COVID-19-Pandemie für die Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsagenda

**Herausgeber:**

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a

53115 Bonn

Tel. 0228 9650510

[europe@globalpolicy.org](mailto:europe@globalpolicy.org)

[www.globalpolicy.org](http://www.globalpolicy.org)

Kontakt: Jens Martens

**Autoren:** Jens Martens und Bodo Ellmers

**Redaktionelle Mitarbeit:** Vera Pokorny

**Gestaltung und Druck:** [www.kalinski.media](http://www.kalinski.media)

Bonn, 2., aktualisierte Auflage Juli 2020

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „**Weichenstellung 2020**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global im Auftrag des BMZ.



STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.